

## 7. Sonstiges – Miscellaneous

*Becker, Christian:* Rituelle Inszenierung der Staatengemeinschaft. Theorie und empirische Analyse am Beispiel von VN-Generaldebatte und M+5-Gipfel, Wiesbaden (Springer VS) 2014.

*Floridi, Luciano/ Taddeo, Mariarosaria (Hrsg.):* The Ethics of Informational Warfare, Cham (Springer) 2014.

*Kymlicka, Will/ Pfohl, Eva (Hrsg.):* Multiculturalism and Minority Rights in the Arab World, Oxford (Oxford University Press) 2014.

*Paar-Jakli, Gabriella:* Networked Governance and Transatlantic Relations. Building Bridges Through Science Diplomacy, London (Routledge) 2014.

*Rabinowitz, Or:* Bargaining on Nuclear Tests. Washington and Its Cold War Deals, Oxford (Oxford University Press) 2014.

*Strunz, Benedikt:* Globale Agenda. Die Nachrichtengeographie internationaler Nachrichtensender, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2014.

## BESPRECHUNGEN

**Beatrix Austin, Martina Fischer, Hans J. Giessmann (eds.), *Advancing Conflict Transformation. The Berghof Handbook II. Opladen & Farmington Hills (Barbara Budrich Publishers), 2011.***

Von allen Ansätzen der Bearbeitung bewaffneter Konflikte ist der der Konflikttransformation sicherlich der weitestgehende. Er zielt auf einen positiven Wandel der sozialen Beziehungen zwischen verfeindeten Gruppen, sodass letztlich unvermeidbare Konflikte nicht mehr durch Androhung oder Anwendung von Gewalt ausgetragen werden. Autoren wie Azar, Lederach, Zartman oder Kriesberg haben in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeit von Friedensprozessen auch davon abhängt, dass sich die Einstellungen, Beziehungsmuster und Verhaltensweisen von Konfliktparteien wandeln und dass sich ein existierendes Sicherheitsdilemma dauerhaft nicht allein durch die Schaffung effektiver staatlicher Institutionen beseitigen lässt.

Die Berghof-Stiftung genießt in diesem Feld eine große internationale Reputation und gehört zu den führenden deutschen Friedensforschungsinstituten. Ein Kernelement ihrer langjährigen Arbeit besteht in der Verbindung zwischen theoretischen und konzeptionellen Ansätzen der Konflikttransformation und ihrer Anwendung in der Bearbeitung von Gewaltkonflikten. Der exzellente Ruf, den die Stiftung genießt, geht nicht zuletzt auf Bemühungen zurück, das vorhandene Wissen zu Ansätzen und Praktiken der Konflikttransformation zu bündeln und einen Dialog zwischen PraktikerInnen und ForscherInnen zu initiieren. Ein wichtiger Baustein dafür war das 2004

publizierte „Berghof Handbook“, das im Titel noch auf ethno-politische Konflikte fokussierte. Nun liegt ein zweites Handbuch vor, das eine Reihe neuer Artikel sowie Überarbeitungen und Aktualisierungen von Beiträgen aus dem Vorgängerbuch enthält. Dass nun nicht mehr von ethno-politischen Konflikten gesprochen wird, ist sicherlich auch der akademischen Diskussion in der Friedens- und Konfliktforschung zu verdanken, die Anfang der 2000er noch sehr stark unter dem Einfluss der Konflikte in Jugoslawien und Ruanda stand und deshalb in unterschiedlichen Facetten Ethnizität als zentrales Charakteristikum dieser Konflikte betonte. Schon damals hatten die HerausgeberInnen und AutorInnen diese Sichtweise relativiert und deutlich gemacht, dass es sich im Kern um politische Konflikte handelt, bei denen Ethnizität häufig zur Mobilisierung und Legitimierung dient. An die Stelle dieses Fokus tritt im zweiten Handbuch eine deutliche Konzentration darauf, was Konflikttransformation grundsätzlich auszeichnet – jenseits spezifischer Konflikttypen oder Entstehungsbedingungen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Das macht das Buch zu einem äußerst lesenswerten, sowohl für die akademische Lehre in der Friedens- und Konfliktforschung als auch in stärker anwendungsorientierten Lehrkontexten geeigneten Standardwerk zur Konfliktbearbeitung.

Bereits in der Einführung macht Beatrix Austin klar, was in den folgenden Beiträgen unter Konflikttransformation verstanden wird: eine prozessorientierte Perspektive der Konfliktbearbeitung, die sowohl strukturelle als auch akteursspezifische Faktoren einbezieht und Frieden als Resultat

konstruktiven sozialen Wandels versteht. Letzteres schließt dezidiert ein – durchaus starkes – normatives Verständnis der Bearbeitung von Konflikten ein. Austin zufolge beruhen Ansätze der Konflikttransformation auf Prinzipien des Local Ownership, der Gender-Sensitivität, des Empowering und der kritischen Selbstreflexion derjenigen, die von außen in Konflikte eingreifen. Véronique Dudouet verweist in ihrem Beitrag darüber hinaus auf eine weitere zentrale Annahme, die die meisten Beiträge eint: dass Gewalt – auch gewaltsamer Widerstand oder gewaltsame Interventionen – in der Regel weitere Gewalt hervorbringt.

In einem ersten Abschnitt werden unterschiedliche Konzepte und Herausforderungen für die gewaltfreie Transformation von Konflikten diskutiert, im zweiten Teil geht es konkreter um einzelne Instrumente, wie der Intervention von Drittparteien mit einem starken Fokus auf die Reflexion von Praxiserfahrungen, etwa aus Mediationsprozessen und Ansätzen des gewaltfreien Widerstandes, bevor dann die Relevanz ausgewählter Akteure, wie die Zivilgesellschaft, und politische Felder, wie der Sicherheitssektor, für Ansätze der Konflikttransformation analysiert werden. Im vierten Abschnitt wird die Rolle von Menschenrechten, von Versöhnung und von traditionellen Ansätzen der Konfliktbearbeitung für nachhaltige Transformationsprozesse hin zu einem stabilen Frieden diskutiert. Der Band schließt mit Aufsätzen zur Evaluation und kritischen Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen einer transformatorischen Bearbeitung asymmetrischer und gewaltbehafteter Konflikte.

Nach der Lektüre der Beiträge kann man sich durchaus auch die Frage stellen, ob

der Ansatz der Konflikttransformation vielleicht auch dabei ist, Opfer des eigenen Erfolges zu werden. Bereits im Eingangsaufsatz von Tara Cooper, Sebastian Merz und Mila Shah wird vermutet, dass die globale Abnahme der Gewalthaltigkeit – gemessen an bewaffneten Konflikten und der Zahl in Konflikten Getöteter – auch auf gestiegene internationale Bemühungen der Konflikteindämmung und Friedenskonsolidierung zurückzuführen ist. Auch die Beiträge von Louis Kriesberg, der einen instruktiven Überblick über den State of the Art gibt, von Martina Fischer, die sich mit den Stärken und Grenzen zivilgesellschaftlicher Beiträge beschäftigt, und von Luc Zandvliet über die – konstruktive und destruktive – Rolle von Unternehmen in der Konfliktbearbeitung betonen in unterschiedlichen Nuancen den Erfolg einer am Ansatz der Konflikttransformation orientierten Praxis. Spätestens seit den 2000er Jahren lässt sich international von einer Institutionalisierung, ja vielleicht sogar von einem Mainstreaming der Konflikttransformation sprechen, die Einzug in die Entwicklungszusammenarbeit, in die Politik internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gehalten hat. Der Preis der damit verbundenen, vor allem in Beiträgen von Beatrix Austin, Cheyanne Scharbatke-Church und Reina Neufeldt herausgearbeiteten Professionalisierung und Standardisierung der Konfliktbearbeitung könnte in einem Verzicht auf ein politisches Verständnis von Konflikttransformation bestehen. Konfliktbearbeitung erscheint dann stärker als Instrument und Methode oder, wie es Roger MacGinty polemisch formulierte, als „peace from IKEA; a flat-pack peace made from standardized components“ (zitiert nach Boege, in dem Band, S. 454). Insbesondere die Beiträge von Volker Boege, Herbert Wulf und Michelle Parlevliet thematisieren dagegen die politische Dimension einer internationalen Praxis der Konfliktbearbeitung, die mit Leitbildern eines gerechten, stabilen Friedens operiert. Ohne diese Spannung auflösen zu können oder zu wollen, bietet der Band zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Perspektive auf Konflikttransformation jenseits des liberalen Friedens. Ob die Entwicklung eines systemischen Verständnisses von Konflikttransformation (Nobert Ropers), die Anknüpfung an Bourdieus Feld- und Habitus-theorie in der Analyse von Gender-Beziehungen (Cilja Harders), oder die Rekonstruktion subjek-

tiver Perspektiven in Mediationsprozessen (Hans J. Giessmann und Oliver Wils) – eine Reihe von Beiträgen zeugt davon, dass Konfliktbearbeitung auch jenseits der Narrative von zerfallender Staatlichkeit und Good Governance ansetzen kann und ansetzen sollte.

Natürlich ist die aktuelle Diskussion über Ansätze der Konfliktbearbeitung weit davon entfernt, ein einheitliches Verständnis von Konflikttransformation entwickelt zu haben. Das ist vielleicht auch gar nicht erstrebenswert. Die Beiträge in dem Band schwanken, grob gesagt, zwischen zwei Positionen: Die eine betont die Komplementarität von Ansätzen und Instrumenten. Hierfür stehen beispielsweise die Beiträge von Martina Fischer zu Transitional Justice und Versöhnung sowie von Michelle Parlevliet, die argumentiert, dass Menschenrechts- und Friedensorientierung zusammen betrachtet ihre jeweiligen blinden Flecke erhellen. Demgegenüber betonen Beiträge wie der von Diana Francis, dass die Praxis der Konfliktbearbeitung häufig vor Dilemmata steht, also in letztlich unüberwindbare Widersprüche verwickelt ist. Letzteres wird noch deutlicher, wenn man den Blick stärker auf die globalen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen richtet, unter denen Konfliktbearbeitung stattfindet. Es wäre durchaus lohnend, diese konzeptionelle, aber auch praktisch relevante Diskussion über die internationale Einbettung und über die – damit einhergehenden – Widersprüche von Konflikttransformation in einem eigenen und den Band abschließenden Beitrag zu diskutieren.

Eine große Stärke des Bandes besteht schließlich nicht nur in der Brauchbarkeit für Lehre und Forschung, die beispielsweise durch das Stichwortverzeichnis gewährleistet wird, sondern auch darin, Teil eines größeren, an Diskussion und Debatte interessierten Projekts zu sein. Auf der dazu gehörigen Homepage (<http://www.berghof-handbook.net>) finden sich seit der ersten Auflage sowohl stetige Aktualisierungen und Erweiterungen der Beiträge, als auch eine Dialogue Series zu ausgewählten Aspekten wie „Friedensschaffung unter Abwesenheit des Staates“ oder zu „Peace Infrastructures“. Zusammen mit dem Gesamtprojekt fördert der Band auf diesem Wege die Weiterentwicklung von Ansätzen der Konflikttransformationen und den Dialog zwischen Grundlagen- und anwen-

dungsorientierter Friedens- und Konfliktforschung auf sehr produktive Weise.

Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg

**Angela E. Stent, *The Limits of Partnership – U.S.-Russian Relations in the Twenty-First Century*. Princeton und Oxford (Princeton University Press), 2014.**

Jahrzehntelang war die Sowjetunion Gegner und Gegengewicht zu den USA. Mit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende der bipolaren Weltordnung endeten auch der Systemantagonismus und das gegnerische Verhältnis. Doch die Ausgangslage war unausgewogen: Während die USA triumphierten und den Sieg der Freiheit feierten, erlebte Russland als Rechtsnachfolgerin der UdSSR das Ende des Kalten Krieges nicht nur als Niederlage, sondern auch als Erniedrigung. Wie aber geht man mit einer ehemaligen Supermacht um, die an Stärke, Status und Relevanz auf der internationalen Ebene enorm eingebüßt hatte? Wie verwandelt man einen ehemaligen Gegner in einen Partner?

Diesen Fragen widmet sich die Politikwissenschaftlerin und Politikberaterin Angela E. Stent in ihrem knapp 300-seitigen Buch. Stent analysiert die amerikanische Russlandpolitik seit 1990 und rekapituliert dabei auch deren Auswirkungen auf die Qualität der amerikanisch-russischen Beziehungen der vergangenen 25 Jahre. Stent identifiziert unterschiedliche Phasen, die sich in einem sich wiederholenden Kreislauf von politischen Neustarts („Resets“), hohen Erwartungen, bitterer Enttäuschung und letztlich Ratlosigkeit zu verdichten scheinen. Besonders an Stents Buch ist, dass ihre Analyse nicht nur auf der Auswertung von Quellen basiert, sondern zu einem nicht unwesentlichen Teil auch auf ihren eigenen langjährigen Erfahrungen in Gremien und Zirkeln des außenpolitischen Betriebs in Washington. So kann sie glaubhaft darstellen, wie schwer es den unterschiedlichen US-Administrationen immer wieder gefallen ist, eine einheitliche Position gegenüber Russland zu entwickeln. Mit Anekdoten und Zitaten aus Unterhaltungen hinter verschlossenen Türen vermittelt sie zudem ein authentisches Bild vom Entstehungsprozess amerikanischer Russlandpolitik.

Gleichzeitig liefert sie Einsichten in die russische Position und Denkweise und zeichnet auf diese Weise ein nachvollziehbares Bild der Dynamik der bilateralen Beziehungen. In elf Kapiteln handelt die Autorin diverse Themenfelder ab – angefangen bei der NATO-Osterweiterung über Raketenabwehr bis zum Arabischen Frühling –, die seit dem Ende des Kalten Kriegs wiederholt die Beziehungen zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus auf die Probe gestellt haben.

Im Anschluss an den Prolog, in dem die Autorin kurz auf den Zerfall der Sowjetunion und die ersten Versuche einer Annäherung und eines ersten „Resets“ unter US-Präsident George Bush Sr. eingeht, behandelt sie im ersten Kapitel Clintons Russlandpolitik und sein Verhältnis zu Boris Jeltsin. Unter Clinton wurde Russland viel Aufmerksamkeit geschenkt (zweiter „Reset“) und eine Russlandpolitik verfolgt, die, so Stent, die Beziehungen und deren Dynamiken bis heute beeinflusst. So wurde in dieser Zeit die Grundlage für die NATO-Osterweiterung – Russland stimmte damals, wenn auch widerwillig, zu – gelegt. Zudem konnten wichtige Erfolge bei der Denuklearisierung des postsowjetischen Raums erzielt werden. Gleichzeitig wird Clinton aber die utopische Annahme vorgeworfen, Russlands Gesellschaft umfangreich transformieren zu können. Der hohe Anpassungsdruck, der so auf Russland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ausgeübt wurde, bewirkte geradezu das Gegenteil. Russland wurde politisch wie ökonomisch immer schwächer und Regierungskritiker in Russland forderten immer lauter eine Distanzierung vom Westen. Im zweiten Kapitel befasst sich Angela Stent mit dem Paradigmenwechsel der russischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Die anfängliche Befürwortung einer Westintegration seitens der Regierung schlug in Skepsis um. Zum einen, weil Russland kein vollwertiger Status angeboten wurde und zum anderen, weil man diese Vorgabe zunehmend als fremdes Diktat empfand. Damit endete die sogenannte „romantische Phase“ der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Die deutliche Abgrenzung Russlands vom Westen führte auch dazu, dass in Moskau wieder stärker in Nullsummenspielen gedacht wurde, wie Stent anhand der Diskussion zur NATO-Erweiterung und der Kosovokrise verdeutlicht.

Das dritte Kapitel beschreibt, wie zur Jahrtausendwende und insbesondere nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 eine optimistische Stimmung in die Beziehungen Einzug hielt. Stent liefert hier eine umfangreichere Analyse Wladimir Putins und seiner Initiative einer neuen, kooperativen USA-Politik (dritter „Reset“) in dessen erster Amtszeit. Sein Bemühen um eine engere und intensivere Zusammenarbeit mit den USA, nicht zuletzt in der Terrorismusbekämpfung, bescherte den Beziehungen ein neues Hoch. Die Euphorie dieser Zeit währte allerdings nur kurz; eine deutliche Abkühlung erlebten die Beziehungen zunächst durch die Pläne der Bush-Administration im Irak zu intervenieren. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Russland zum Thema selbstautorisierter bewaffneter Intervention und extern provoziierter Regimewechsel analysiert Stent im vierten Kapitel. Während Russland den Status quo in der Region befürwortete (S. 84), versuchten die USA, die Kräfteverhältnisse zu verändern. Kompromisse waren daher schwierig zu finden. Auch beim Thema Farbenrevolutionen im postsowjetischen Raum, das die Autorin im fünften Kapitel aufgreift, wird deutlich, wie unterschiedlich die Positionen und Haltungen in Moskau und Washington waren. Stent stellt fest, dass insbesondere die anhaltende Weigerung der USA anzuerkennen, dass Russland die Staaten in seiner Nachbarschaft als eine „Zone privilegierten Interesses“ betrachtete, zu einer signifikanten Verschlechterung der Beziehungen geführt habe. Gründe dafür sieht die Autorin u.a. in Umstrukturierungen des US-Außenministeriums, die dazu führten, dass der postsowjetische Raum unterschiedlichen Abteilungen zugeordnet wurde. Als Folge dieser politischen Entscheidung entstand eine Russlandpolitik, die Russland und seine Nachbarn nicht zusammen, sondern getrennt voneinander betrachtete.

Lag bis dato die Deutungshoheit in Bezug auf die Beziehungen bei den USA, so verlagerte sie sich laut Stent ab 2006. Ein ökonomisch erstarkendes Russland begann zu diesem Zeitpunkt, sich kritisch mit den USA auseinanderzusetzen. Dieser Wettbewerb der Ideen und Werte wird im sechsten Kapitel thematisiert. Während in den USA Uneinigkeit herrschte, ob man pragmatisch oder werteorientiert mit Russland umgehen soll, kritisierte Russland das Vorgehen der USA bei der externen

Demokratieförderung und ihre Rolle bei den Farbenrevolutionen. Moskau entwickelte ein eigenes Demokratiekonzept: Die „souveräne Demokratie“ entspringt aus dem eigenen Volk und ist für Außenstehende unanfechtbar (S. 142). Damit widerspricht Russland der liberalen „Freedom Agenda“ George W. Bushs, die zur Demokratieförderung in allen Ländern und Kulturen aufrief (S. 82). Die unterschiedlichen Wertvorstellungen in diesen für beide Seiten grundlegenden Fragen führten laut Stent zu einem zunehmend „giftigen Ton“ (S. 149 ff.), der sich auch in anderen Themenfeldern wie Raketenabwehr oder dem Umgang mit dem Iran widerspiegelten. Das siebte Kapitel widmet Stent schließlich einem vorläufigen Tiefpunkt in den amerikanisch-russischen Beziehungen: dem Georgienkrieg. Ausführlich beschreibt die Autorin die Eskalation der Spannungen zwischen Georgien und Russland sowie den Georgienkrieg selbst, der die amerikanisch-russischen Beziehungen auf ein Rekordtief abstürzen ließ. Im Zuge des Krieges kappten die USA aus Protest gegen das russische Vorgehen fast alle offiziellen Russlandkontakte. Russland hingegen sah sich in seinem Vorgehen bestätigt, da es dem Westen durch seine Militäraktion klar gemacht hatte, dass mit den Gesprächen über eine eventuelle Aufnahme Georgiens in die NATO eine rote Linie überschritten worden war. Politische Auseinandersetzungen wie diese wirkten sich jedoch nie auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit aus. Wie Angela Stent im achten Kapitel in einem Exkurs in die ökonomische Sphäre der Beziehungen beider Staaten zeigt, haben beide Seiten das volle Potenzial wirtschaftlicher Kooperation bei Weitem noch nicht erreicht.

Barack Obamas „Reset“-Politik (dem insgesamt vierten in den Beziehungen zu Russland) der ersten Legislaturperiode wird im neunten Kapitel beleuchtet. Diese war einerseits geprägt von einer stärkeren Skepsis Moskaus gegenüber Washington, andererseits von dem Versuch Obamas, diese Skepsis durch eine vorsichtige und feinfühlige Politik gegenüber Moskau abzumildern. Mit der Rückkehr Wladimir Putins ins Amt des russischen Präsidenten 2012 (Kap. 10) veränderte sich das Verhältnis ein weiteres Mal. Die teilweise erfolgreiche Kooperation der beiden Staaten unter den jungen Präsidenten Obama und Medwedew hat durch Putins Rückkehr ein abruptes Ende gefunden. Generell konsta-



tiert die Autorin, dass die persönlichen Beziehungen zwischen den amtierenden Präsidenten stets mit ausschlaggebend für die Qualität der Beziehungen waren, da beidseitig anerkannte Institutionen, in denen die beiden Seiten strittige Fragen erörtern und lösen könnten, fehlten. Sowohl weltpolitische Veränderungen, insbesondere der sog. „Arabische Frühling“, als auch innerrussische Entwicklungen, wie die anti-amerikanische Rhetorik in Russland, die Putins Rückhalt in der russischen Bevölkerung festigen sollte, verdüsterten die Stimmung ein weiteres Mal.

Im Schlusskapitel äußert die Autorin Skepsis gegenüber einer tieferen Bindung zwischen den USA und Russland. Das sei nicht zuletzt die Schuld einer unglücklichen Russlandpolitik der USA. Als Resultat der Überlegenheit der USA unmittelbar nach dem Ende des Kalten Kriegs hätten sie die Agenda der bilateralen Beziehungen diktiert. Wenn Stent feststellt, dass „die Vergangenheit die Zukunft [formt]“ (S. 258), so will sie damit darauf hinweisen, dass die USA Russland zu lange wie einen unterlegenen Gegner behandelt und keinen konstruktiven Weg gefunden haben, Moskau als potenziellen Partner zu akzeptieren. Ihr Argument wird durch die aktuellen Ereignisse in der Krim-Krise mehr als bestätigt: Obama hat Russland in einer öffentlichen Erklärung nach der Annexion der Krim in provozierender Weise zur Regionalmacht degradiert, die in der Ukraine eher aus Schwäche als aus Stärke handele. Doch tatsächlich hat das heutige Russland gegenüber den 1990er Jahren um einiges an Stärke und Selbstbewusstsein gewonnen. Diese Veränderung, so auch Stent, scheint aber bis heute auf die amerikanische Russlandpolitik keine Auswirkungen zu haben. So betont die Autorin zu Recht wiederholt, dass Russland von den USA nicht genug Anerkennung entgegengebracht und die Rolle von Anerkennung und Status in der amerikanischen Russlandpolitik weiter unterschätzt wird. In ihrer Analyse kommt Stent außerdem zu dem Schluss, dass, entgegen gängiger Meinung, die Beziehungen zwischen Washington und Moskau durchaus eine Kontinuität aufweisen und somit auch berechenbar seien. Durch sich wiederholende „Resets“ die Beziehungen auf ein unrealistisches Erwartungslevel zu bringen, so Stent, sei aber kontraproduktiv. Enttäuschung sei stets die Folge zu hoch gegriffener Ziele gewesen und schade der Stabilität der Beziehungen. Es müsse im

Westen akzeptiert werden, dass Russland und Amerika unterschiedliche Wertesysteme internalisiert hätten, die sich nicht so schnell angleichen werden. In keinem Fall aber dürften sich die USA von Russland abwenden: Die USA bräuchten Russland nicht zuletzt, um ihre eigenen Interessen in Bezug auf europäische Sicherheit, Nichtweiterverbreitung und die Terrorismusbekämpfung durchzusetzen. Eine selektive, limitierte und auf realistischen Zielen basierende Partnerschaft sei die einzig mögliche Form der Zusammenarbeit.

Adam Naber

**Andreas Fischer-Lescano, Peter Mayer (Hrsg.): Recht und Politik globaler Sicherheit. Bestandsaufnahme und Erklärungsansätze. Frankfurt/New York (Campus Verlag), 2013.**

Eines vorweg: Der von Andreas Fischer-Lescano und Peter Mayer herausgegebene Sammelband zur Denationalisierung im Bereich der Sicherheitspolitik besticht durch eine ungewöhnliche Themenstringenz. Den Herausgebern ist es gelungen, das bei Sammelbänden oftmals anzutreffende Auseinandertriften von Themenanspruch und Beitragswirklichkeit zu vermeiden. Jeder einzelne Text in diesem Buch beschäftigt sich tatsächlich mit Recht und Politik globaler Sicherheit. Allein dafür gebührt ein ausdrückliches Lob.

Der Band beschreibt den durch Internationalisierung und Privatisierung bedingten Wandel des staatlichen Monopols zur gewaltförmigen Durchsetzung von Sicherheitsbelangen aus politik- und rechtswissenschaftlicher Perspektive. Dazu stellt der erste Teil des Bandes eine interdisziplinäre Bestandsaufnahme von Recht und Politik der Sicherheit an. Christopher Daase geht dabei dem mehrdimensionalen Wandel des Sicherheitsbegriffs nach, Nicole Deitelhoff und Andreas Fischer-Lescano untersuchen die Formen der Privatisierung von Sicherheit und Sebastian Mayer gibt gemeinsam mit Timo Tohidipur einen Überblick über die Internationalisierung von Sicherheit anhand von NATO, EU und UN. Im zweiten Teil werden Privatisierungs- und Internationalisierungstendenzen in der Sicherheitspolitik aus den unterschiedlichsten theoretischen Perspektiven untersucht. Zu Wort kommen dabei der Neorealismus (Niklas Schörnig), der Liberalismus (Anna Geis), der Institu-

tionalismus (Peter Mayer), der Konstruktivismus (Rainer Baumann), die Theorie der kommunikativen Rationalität (Christoph Humrich), die kritische Internationale Politische Ökonomie (Kolja Möller), der Poststrukturalismus (Eva Herschinger), die Gendertheorie (Jutta Joachim und Andrea Schneider) und die Systemtheorie (Oliver Kessler und Mathias Albert). Dieser Teil besticht durch seinen Facettenreichtum und stellt gleichzeitig nicht den Anspruch einer umfassenden oder gar abschließenden Deutung eines komplexen Phänomens. Im dritten Teil des Bandes suchen Andreas Fischer-Lescano und Nadja Meisterhans schließlich Möglichkeiten, die für künftige interdisziplinäre Arbeiten bestehen, um den interagierenden Diskurswelten von Politik und Recht im Bereich Sicherheit habhaft zu werden.

Gleich zu Beginn macht Christopher Daase in seinem Beitrag die vielfältigen politischen und rechtlichen Konsequenzen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs sichtbar. Als Ergebnis eines grundlegenden Wandels des sicherheitspolitischen Diskurses in den letzten fünfzig Jahren kommt er zu vier Konsequenzen: (1) Die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs führt zu einer normativen Überforderung. Dadurch, dass nicht nur Staaten und Gesellschaften, sondern auch Individuen zum Gegenstand der Sicherheitspolitik werden, steigen auch die Ansprüche und somit auch die Herausforderungen an nationale und internationale Sicherheitsinstitutionen – und zwar in einem Ausmaß, das ihr Scheitern quasi vorprogrammiert. (2) Die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs auf immer neue Sachbereiche hat eine Entdifferenzierung der Sicherheitspolitik zur Folge und erfordert weitgreifende institutionelle Reformen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. (3) Die Vorstellung, Sicherheit sei unteilbar und daher auch nur global durchsetzbar, bedingt eine Verantwortungsdiffusion und führt dazu, dass unklar ist, wer unter welchen Bedingungen für die Aufrechterhaltung von Sicherheit eigentlich zuständig ist. (4) Durch die Erweiterung der Gefahrendimension – also die Auffassung, mögliche Gefahren antizipieren und Risiken minimieren zu müssen – kommt es zu einer vorsorge- und präventionsorientierten Sicherheitspolitik. Dies führt jedoch unweigerlich zu Einschränkungen bei Bürger-, Freiheits- und Souveränitätsrechten und zu einem verstärkten Interventionismus.

Aus der großen Zahl der theoriebasierten und qualitativ teilweise beeindruckenden Beiträge im zweiten Teil des Buchs, lassen lediglich zwei den Leser mit ein wenig Unverständnis und Enttäuschung zurück. Die Texte zur kritischen Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) sowie zur Gendertheorie überzeugen einfach nicht. Kolja Möller liefert einen typischen IPÖ-Beitrag ab: Die erste Hälfte seines Textes gibt eine kompakte Einführung zu Herrschaft und Hegemonie, wie man ihn in jeder beliebigen IPÖ-Einlassung findet. Diese Ausführungen haben wenig bis gar nichts mit Sicherheit zu tun – sie kritisieren die üblichen Verdächtigen (WTO, IWF, G8 etc.) und könnten sich ebenso in einem kritischen IPÖ-Text zur Wirtschafts-, Umwelt- oder Bildungspolitik finden. Falsche Zuschreibungen und Einordnungen bzw. veraltete Quellen runden das enttäuschende Bild ab: Das Europäische Institut für Sicherheitsstudien (EUISS) wird an zwei Stellen fälschlich als „EU-naher Think Thank“ denunziert (S. 245 und 259), obwohl es sich natürlich um eine EU-eigene Agentur handelt. Texte werden – wohl um eine kritische Distanz zu konstruieren – konsequent in englischer Sprache zitiert, obwohl sie seit 2011 auch auf Deutsch vorliegen (bspw. S. 245). Sätze wie „Gramscis hegemonietheoretischer Leitfaden ist durchaus rechtsppluralistisch zu lesen“ lassen den Leser ratlos zurück. Zum Schluss hin scheint selbst Möller von seinem Konzept nicht vollständig überzeugt – seinen Ausdruck finden diese Selbstzweifel im mehrfachen Gebrauch des Wortes „durchaus“ (S. 265, 266, 267) bei der Bewertung, ob IPÖ etwas zum gewandelten Sicherheitsbegriff beizutragen hat. Dass dieser Beweis dann mit einem Zitat aus der ZDF-Fernsehsendung *Nachtstudio* geführt wird („Das ist die Logik der kapitalistischen Welt“, S. 269) wirkt dann doch ein bisschen schwach.

Die von Jutta Joachim und Andrea Schneiker angestellte Genderanalyse der Denationalisierung von Sicherheit beeindruckt lediglich mit ihrem Titel: „Von taffen Jungs und schwächelnden Soldaten“. Feststellungen wie „Aus einer Genderperspektive kann die Übertragung von militärischen und polizeilichen Aufgaben an private Unternehmen als Ausdruck einer Remaskularisierung und eines Bestrebens zur Wiederherstellung hegemonialer Männlichkeit begriffen werden“ (S. 313) bzw. „private Sicherheit heißt maskuline Sicherheit“ (S. 318) stehen im direkten

Widerspruch zur selbst gleich zu Beginn postulierten Feststellung, wonach „privat“ als „weiblich“ begriffen wird (S. 303). Die abschließende Erkenntnis, wonach insbesondere „geschlechterspezifische Hierarchien“ in privaten Sicherheits- und Militärfirmen Gegenstand künftiger Studien sein sollten (S. 325), besticht da nur noch in ihrer Schlichtheit und wissenschaftlichen Anspruchslosigkeit.

In ihrem Schlusskapitel „Ordnungsmuster der globalen Sicherheit“ (S. 363ff.) bieten Andreas Fischer-Lescano und Nadja Meisterhans nochmals eine kompakte Zusammenschau der einzelnen Beiträge. In ihrer Auswertung kommen sie dabei auf drei Thesen (S. 364): (1) Die Transformation globaler Sicherheits-Governance kann nicht umfassend erläutert werden. Die Eigendynamiken der funktional ausdifferenzierten Sektoren der Weltgesellschaft sind dazu zu komplex. (2) Die rechtliche Ordnungsbildung im Bereich globaler Sicherheits-Governance geht aus komplexen Koevolutionsprozessen hervor. (3) Es reicht nicht aus, wenn künftige Konzepte auf das klassische Verständnis des Völkerrechts und der Internationalen Beziehungen beschränkt bleiben und die Weltgesellschaft top down konstruiert werden soll. Um private und öffentliche Governance-Institutionen gleichermaßen an demokratische und menschenrechtliche Grundsätze zu binden, bedarf es vielmehr neuartiger Formen eines weltgesellschaftlichen Verfassungsrechts.

Andreas Fischer-Lescano und Peter Mayer haben mit diesem Sammelband eine interessante und kompakte Zusammenschau zum Thema Recht und Politik globaler Sicherheit vorgelegt. Der Prozess der Internationalisierung und Privatisierung von Sicherheitspolitik und der damit einhergehende Monopolwandel des Staates, was die gewaltförmige Durchsetzung von Sicherheitsbelangen angeht, wird anschaulich gemacht und theoriegestützt diskutiert. Die Lektüre lohnt sich.

Stefan Brocza

**Klaus Naumann, *Der blinde Spiegel. Deutschland im afghanischen Transformationskrieg*, Hamburg (Hamburger Edition), 2013.**

Seit mehr als einem Jahrzehnt engagiert sich Deutschland militärisch in Afgha-

nistan, doch zum Ende des Jahres steht der Abzug großer Teile des deutschen Kontingents bevor. Der Historiker und Sozialwissenschaftler Klaus Naumann nimmt dieses Ereignis zum Anlass, die mannigfaltigen Implikationen des langjährigen Einsatzes zu analysieren. Der Blick in den afghanischen Spiegel offenbart dabei jedoch nicht nur positive Aspekte, sondern eine Vielzahl „blinder Flecken“, die es zu hinterfragen und zu erhellen gilt.

Nach Ansicht des Autors sei der Einsatz in Afghanistan in besonderem Maße geeignet gewesen, anhand konkreter Herausforderungen die Leistungsfähigkeit deutscher Sicherheitspolitik aufzuzeigen. Von politisch-militärischer Seite sei dieses Potenzial jedoch ungenutzt geblieben, denn eine zwingend notwendige Selbstevaluation sicherheitspolitischer Instrumentarien, Verfahrensweisen und Normen sei versäumt worden.

Die Ursachen ernüchternder Missionsergebnisse seien deshalb nicht in den spezifischen afghanischen Einsatzbedingungen, sondern vielmehr in gravierenden Strukturproblemen der Sicherheitspolitik selbst zu suchen. Dies offenbare sich bereits mit der elementaren Frage nach dem Verständnis von Sicherheit. Der Einsatz in Afghanistan wurde nicht unter der Maßgabe etablierter Grundsätze der Verteidigungspolitik, sondern im Rahmen der globalen Sicherheitsvorsorge, geführt. Eine „Wucherung der sicherheitspolitischen Ambition“ (63) habe dabei jedoch weniger zu einer erforderlichen konzeptionellen Neuausrichtung der Streitkräfte nach 1990 als vielmehr zu einer Überdehnung des Sicherheitsbegriffs und damit einhergehend zu einer Überforderung des Militärs beigetragen. Indes habe der in Parlament und Ministerien vorherrschende Strukturkonservatismus die notwendigen Anpassungen an neue sicherheitspolitische Erfordernisse ausgebremst und bisweilen sogar zu deren Stagnation beigetragen.

Naumann führt aus, dass sich das fundamentale Primat der Politik bereits zu Missionsbeginn in einer Krise befunden habe. Über die Ziele des Einsatzes (Aufstandsbekämpfung, Wiederherstellung der afghanischen Staatsordnung oder Befriedung eines innerstaatlichen Konflikts) habe von Anfang an Unklarheit geherrscht. Dies habe sich nicht nur in einer erheblich erschwerten politisch-

militärischen Einsatzführung artikuliert, sondern vielmehr negative Auswirkungen auf alle Operationsebenen gehabt. Eine fehlende strategische Kommunikation, vage politische Absichtserklärungen, eine unzureichende Ausrüstung und praxisferne Ausbildung des Einsatzpersonals hätten dabei ebenso wie verklausulierte Vorschriften und Dienstanweisungen zu einer signifikanten Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Streitkräfte und zu deren Deflexibilisierung beigetragen.

Eine Ausblendung potenzieller Risiken sei dabei politisch schon zu einem frühen Zeitpunkt angestrebt worden, etwa indem betont wurde, dass die Bundeswehr im Rahmen einer Unterstützungs- und Stabilisierungsmission aktiv sei. Eine realistischere Lageeinschätzung in Form „kriegsähnlicher Zustände“ war erst nach mehreren Einsatzjahren erfolgt. Ebenso habe eine schleppende Rückvermittlung von Einsatzerfahrungen nur zu einer verzögerten Behebung von Ausstattungsmängeln und Ausbildungslücken geführt.

Mit der Verwendung des Begriffs *Transformationskrieg* impliziert der Autor auf den ersten Blick einen Bezug zur einsatzbedingten Etablierung neuer staatlicher Strukturen in Afghanistan. Ein tiefergehender Blick offenbart darin jedoch nicht weniger als die Notwendigkeit einer Korrektur deutscher Sicherheits- und Militärpolitik in Form „einer strategisch informierten Selbsttransformation“ (21). Von welcher Relevanz diese Korrektur ist, wird dem Leser anhand dreier Fallbeispiele – Aufstandsbekämpfung, Provincial Reconstruction Teams und Ausbildung der afghanischen Polizei – ersichtlich und somit nachvollziehbar.

Dem Autor gelingt es dabei, dem selbstauferlegten Anspruch an eine Aufklärung sämtlicher Dimensionen defizitärer deutscher Sicherheitspolitik gänzlich gerecht zu werden. Zwar droht die Komplexität des Sachverhalts an mancher Stelle den Leser zu überfordern, diese lässt sich jedoch bei einer so tiefgehenden Analyse, wie Naumann sie im vorliegenden Fall betreibt, schwerlich vermeiden. *Der blinde Spiegel* leistet durch eine unabhängige, kritische und schonungslos offene Analyse einen extrem wichtigen Aufklärungsbeitrag bezüglich der konzeptionellen und institutionellen Schwächen deutscher Sicherheitspolitik, der weit über die routinierten Mandatsdebatten

hinausgeht. Das Buch richtet sich dabei ganz bewusst an eine breite interessierte Öffentlichkeit, da dem Leser durch die tagespolitische Hintergrundberichterstattung die Herausforderungen des Einsatzes grundsätzlich bekannt seien.

Fabian Wegmann

**Sascha Brinkmann, Joachim Hoppe, Wolfgang Schröder (Hrsg.), Feindkontakt – Gefechtsberichte aus Afghanistan, Hamburg (E.S. Mittler & Sohn), 2013.**

Unter Führung der NATO und ausgestattet mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrats beteiligen sich seit 2001 fünfzig Staaten, darunter auch Deutschland, an der Aufgabe, mit militärischen Mitteln einen Beitrag zur Stabilisierung und zum Aufbau Afghanistans zu leisten. Der öffentliche Diskurs über die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Einsatz dauert an, obschon deutsche Truppen bereits seit 2002 als Teil der International Security Assistance Force (ISAF) agieren. Nach anfänglichen Versuchen, eher den zivilen Aspekt ihrer Mission herauszustellen, geriet aber auch die Bundeswehr immer häufiger in militärische Auseinandersetzungen mit schweren Kämpfen und zahlreichen Verlusten. Die konkrete Situation der Soldaten und Soldatinnen vor Ort ist dabei hierzulande kaum ein Thema.

Dies ist der Hintergrund für das Buch *Feindkontakt*, herausgegeben von drei Bundeswehroffizieren. Die einzelnen Beiträge stammen jeweils von Soldaten, die in unterschiedlichen Funktionen an den Kämpfen beteiligt waren. Ausgangspunkt der Lektüre sind die Ereignisse vom Karfreitag 2010: Gefechte in bis dahin nicht dagewesener Härte gegen Aufständische forderten unter den deutschen Truppen drei Todesopfer und vier Schwerverwundete. Dieser Schock sitzt tief – viele Menschen zweifeln an der Notwendigkeit des Einsatzes oder fragen sich, welchen Preis man für die Mission zu zahlen bereit ist.

Die Autoren versuchen, durch sehr persönliche Erfahrungsberichte einen Einblick in die Realität des Krieges zu geben. Denn dieser ist, obwohl fortdauernd Thema in den Medien, für die meisten Deutschen vor allem eines: weit weg. Die Debatten um den Sinn der deutschen Präsenz am Hindukusch vermitteln nichts von der Wirklichkeit, der die handelnden – und erleidenden – Soldaten und

Soldatinnen im konkreten Kriegsgeschehen ausgesetzt sind. Diesem Mangel sucht das vorliegende Buch abzuhelpen.

Getragen vom Glauben an den Sinn ihrer Aufgabe und mit dem Ziel, diese auch für Außenstehende erlebbar zu vermitteln, präsentieren die Herausgeber ein breites Spektrum teilweise auch sehr detaillierter Eindrücke und Erlebnisse. Dabei kommen sowohl Soldaten als auch Befehlshaber zu Wort. Die Leser und Leserinnen erfahren ungeschminkt, wie es einem Soldaten im Einsatz unter dem Feuer der Taliban-Angreifer ergeht. Mit der ausdrücklichen Zielsetzung, den Gedanken und Gefühlen der Kämpfenden Raum zu geben, rückt in *Feindkontakt* die menschliche Perspektive ins Zentrum. Aber auch Koordinationsprozesse der einzelnen Truppen, operative Überlegungen von Befehlshabern sowie Umsetzung und Ausführung einzelner Pläne werden differenziert beschrieben. Leserinnen und Leser erhalten so eine umfangreiche Innenansicht des militärischen Geschehens: Der Alltag in den Feldlagern in Kundus, Masar-il-Scharif oder Isa-Khel wird ebenso beschrieben wie tatsächliche Szenen aus dem Gefecht mit Aufständischen. Auch Entscheidungsträger, die unmittelbar Verantwortung für das Schicksal der ihnen Anvertrauten tragen, beschreiben, unter welchem Druck und unter welchen inneren Konflikten einige Entscheidungen getroffen werden mussten, von denen sich im Nachhinein so manche als Entscheidung über Leben und Tod herausstellte. Ein zentrales Anliegen der Autoren ist es, bei einer breiten Leserschaft Verständnis dafür zu wecken, dass Begriffe wie Tapferkeit, Ehre oder Vaterland – ansonsten eher als antiquiert oder gar als kriegsverherrlichend empfunden – für die vor Ort Kämpfenden aber als sinnstiftendes Element erscheinen.

Der lebhafteste Stil der einzelnen Beiträge macht *Feindkontakt* zweifelsohne zu einer spannenden, sogar fesselnden Lektüre, die sich an eine breite Leserschaft richtet. Das „heranzoomen“ an den militärischen Alltag könnte vor allem jene bereichern, die bisher kaum damit in Kontakt gekommen sind. Letztendlich gelingt es den Herausgebern, mit dem Buch einen wertvollen Beitrag zu einem öffentlichen Diskurs zu leisten, der möglichst viele relevante Perspektiven integrieren muss.

Maria Lohbeck